

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-30-464/18

Aktenzeichen:

Amt: Bauen und Ordnung

Datum: 19.09.2018

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: Aufhebung Verfahren: Bebauungsplan "Gartenweg - Trebitz" sowie Rücktritt vom städtebaulichen Vertrag

Kurzinfo zum Beschluss**Finanzielle Auswirkungen: Nein**

Gesamtkosten:

€

Jährliche Folgekosten:

€

Finanzierung

Eigenanteil:

€

Objektbezogene

Einnahmen:

€

Haushaltsbelastung:

€

Veranschlagung:

Nein

mit

€

Produktkonto:

FinanzH:

ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
AISrE	1						
SVV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-30-464/18

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung Brück beschließt die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens "Gartenweg Trebitz" (Br-30-361/17 vom 21. September 2017) sowie den Rücktritt vom städtebaulichen Vertrag mit den Vorhabenträgern entsprechend § 6 Abs. 1 des Vertrages (Br-30-362/17 vom 21. September 2017).

Der Beschluss wird entsprechend der Hauptsatzung der Gemeinde bekannt gemacht.

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Begründung

Die Absicht der Aufstellung des Bebauungsplans "Gartenweg Trebitz" wurde der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg nach Aufstellungsbeschluss angezeigt. Diese teilte in einer Stellungnahme mit, dass der Bebauungsplan im Widerspruch zu den Zielen der Raumordnung steht. Die geplanten Bauflächen stellen eine Erweiterung des Stadtgebietes in den Außenbereich dar und sind daher nur über die zusätzliche Entwicklungsoption (Z 4.5 Abs. 2 LEP B-B) der Stadt zu realisieren. Die Entwicklungsoption beträgt 1,9 ha und ist im Flächennutzungsplan der Stadt vollständig ausgewiesen (vgl. Mitteilung Br-30-449/18).

Um den B-Plan aufstellen zu können, ist eine Änderung des Flächennutzungsplans und Freigabe von anteiligen Flächen der zusätzlichen Entwicklungsoption notwendig. Diese Änderung widerspricht jedoch den Entwicklungsabsichten der Stadt Brück im Bereich des Stadtzentrums. Bauleitpläne sind aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Ordnung erforderlich ist (§ 1 Abs. 3 BauGB). Eine Erforderlichkeit ist aus der im Flächennutzungsplan festgehaltenen Entwicklungsabsicht nicht gegeben und das B-Planverfahren damit einzustellen.

Durch die Einstellung verfolgt die Stadt Brück eine andere Planung als im städtebaulichen Vertrag mit den Vorhabenträgern vereinbart. Dementsprechend sollte die Stadt entsprechend § 6 Abs. 1 des städtebaulichen Vertrages vom Vertrag zurücktreten (schadenersatzfrei).